Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von W. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.—, durch die Post bezogen Mark 1.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 60 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 24 — Mittwoch, den 29. März 1922 — 56. Jahrgang.

Amtliches

Kreis Ilfeld

Bekanntmachung.

Die bisher unentgeltlich gelieferten Formulare C für die Prüfung der Bauerlaubnisgesuche pp. können von der nch mehr abgegeben werden.

Die Verlagsbuchhandlung von August Lax in Hildesheim hält die Formulare vorrätig und es wird der Bezug von dort empfohlen.

Die Bauhandwerker pp. des Kreises werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Die Ortsbehörden des Kreises werden ersucht, den fragl. Bauhandwerkern ihrer Gemeinden besonders Kenntnis zu geben.

Ilfeld, den 22 März 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Elbingerode beabsichtigt die Ausstellung eines Eigenbesitzzeugnisses zum Zwecke der Eintragung eines Grundbuchblattes für die nachfolgenden, ihr gehörenden Parzellen:

Kartenblatt 15, Parzelle 16, Größe 23 qm
„ 15, „ 17, „ 12 qm
„ 15, „ 19, „ 43 qm
(Chaussee von Elbingerode nach Rübeland, gegenüber der Harzer Holzindustrie.)

Einwendungen gegen die Ausstellung des Eigenbesitzzeugnisses oder Ansprüche an die betr. Grundstücke sind binnen 14 Tagen beim Magistrat schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Elbingerode, den 29. März 1622.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Gemeinschaftliche Sitzung der städt. Kollegien am Donnerstag, den 30. März 1922 abends 7 Uhr im hiesigen Rathause.

Tagesordnung.

Beschlußfassung über eine Steuernachtehebung.

Elbingerode, den 28. März 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Das Finanzamt Blankenburg wird am **Dienstag, den 4. April 1922 von 10 Uhr vormittags** ab einen Sprechtag in Steuersachen im Zimmer 3 des hiesigen Rathauses abhalten. Außerdem wird ein Beamter des Finanzamtes einige Tage, von Dienstag, den 4. April d. Js. ab, die Reklamationen in Umsatzsteuersachen bearbeiten.

Für dieses Entgegenkommen des Finanzamtes, daß den Steuerpflichtigen Versäumnisse und Kosten erspart, wird von diesen eine Gebühr von 2—3 Mk. erhoben werden.

Elbingerode, den 28. März 1922.

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Ab **1. April d. Js.** findet meine

Abendsprechstunde

jeden Mittwoch von **5—6 Uhr abends** statt.

Elbingerode, den 28. März 1922.

Der Bürgermeister. Selke.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch, den 29. März 1922 abends 8 Uhr** spricht im Hotel „Waldhof" der Herr Landrat über den

Kleinwohnungs-Bau.

Der Herr Kreismedizinalrat über **Tuberkulosebekämpfung**, und der Herr Kreisschulrat über die landwirtschaftliche **Einstellung des Naturkundeunterrichts in den Volksschulen.**

Um recht regen Besuch bittet

Der Magistrat. Selke.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit nachstehende, beim Magistrat in Urschrift vom 29. März bis 11. April 1922 ausliegende Bekanntmachung zur allgemeinen Kenntnis.

Elbingerode, den 29. März 1922.

Der Magistrat. Selke.

Lokales,

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 29. März 1922.

— **Stenographen Verein.** Zu der am letzten Dienstag im Hotel Waldhof angesetzten Versammlung zwecks Gründung eines Stenographen-Vereins, waren leider nicht sämtliche Angestellte und Lehrlinge von Elbingerode Umgebung zugegen, sodaß die Gründungsversammlung von den Anwesenden auf nächsten Freitag verschoben wurde. Wenn man bedenkt, wie wenig (?) manchmal der Lehrherr in der Lage ist, dem jungen Mann oder dem jungen Mädchen Wissen und Kaufmännische Bildung zu vermitteln, wäre es doch die dringende Pflicht aller kaufmännisch geleiteten Betriebe, ihre Angestellten und Lehrlinge, in ihrem eigenen, wie im Interesse der gesamten Volkswirtschaft derart nützlichen Vereinen zugeführen. Diese Angestellte und Lehrlinge scheinen aber auch heute noch nicht zu wissen in welchem Maße heute die Kurzschrift, welche wohl auch bald in den Volksschulen als ordentliches Lehrfach eingeführt wird, verlangt wird, und verbreitet ist. Ein Blick in die Rubrik Stellenangebote der Zeitungen, wird auch diese Säumigen bald belehren, daß für sie die kaufmännische Laufbahn, wenn nicht bald Stenographie begonnen wird, ein Ende nehmen könnte. Ernstlich vorwärtsstrebende Angestellte und Lehrlinge beiderlei Geschlechts werden daher nochmals zur nächsten Versammlung, welche am kommenden Freitag stattfindet, eingeladen.

— **Sparkassenguthaben und Steuern.** Von juristischer Seite wird uns geschrieben: In den Kreisen der Bevölkerung, in denen die Sparkassen das eigentliche Feld ihrer gemeinnützigen Tätigkeit finden begegnet man heute mancherlei Irrtümern über die Einwirkung der Steuergesetze auf Sparkassenguthaben. Es ist ja zu verstehen, wenn manchem Sparer die für die gesamte Volkswirtschaft sehr zweckmäßige Aufhebung des Bank- und Sparkassengeheimnisses unbequem ist. Darüber hinaus aber ist eine Beunruhigung der Gläubiger nicht vorhanden. Insbesondere entbehrt die gelegentlich geäußerte Meinung jeder Spur einer Berechtigung, daß 10 Prozent des Guthabens weggesteuert würden. Sparkassengutaben unterliegen wie alle anderen Vermögenswerte der Kapitalertragsteuer, es wird demnach wie von Hypothekenzinsen, Zinsen von Staatspapieren usw. der zehnte Teil dieser Zinsen vorweg geturgt und vom Zinsschuldner, also der Sparkasse, ans Finanzamt abgeführt. Bei der Einkommensteuer sind dann diese Steuerbeträge als Werbungskosten abzugsfähig. Darüber hinaus kann in den unteren Steuerstufen nach Maßgabe des Gesetzes auch eine völlige oder teilweise Anrechnung der Kapitalertragsteuer stattfinden, so daß sie insoweit als bereits bezahlte Einkommensteuer angesehen wird. Wer aber die Meinung hat aufsuchen können, es werde 10 Prozent des Kapitals als Abgabe gefürzt, ist und bleibt schlechterdings unverständlich. Und doch ist diese Meinung anscheinend bei manchen Personen der Grund dafür, daß sie flüssige Gelder lieber in den Schränken aufbewahren, anstatt sie der notleidenden Volkswirtschaft zuzuführen. Ebenso unbegründet ist die Meinung, daß Sparkassenguthaben irgend welchen anderen besonderen Bestimmungen unterliegen, durch die sie „hinweggesteuert" würden. Im Gegenteil, die Steuergesetzgebung hat durch eine Reihe von Bestimmungen der gemeinnützigen Tätigkeit der Sparkassen Rechnung getragen und unnötige eine Doppelbesteuerung zu verhüten gesucht. Ob diese Bestimmungen in allem ausreichen, ob nicht namentlich das Bank- und Sparkassengeheimnis aus Gründen überwiegender wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit wiederhergestellt werden sollte, ist eine Frage für sich. Hier handelt es sich nur darum, gegen die geschilderten, gewaltsam unsinnigen Befürchtungen Stellung zu nehmen.

— **Neue Post- und Eisenbahntarife.** Von anderer Seite war gemeldet worden, daß eine neue Erhöhung der Postgebühren um 33⅓ v. H. zum 1. Mai beabsichtigt werde. Danach sollten die Briefe auf 2,50 Mark, die Postkarten auf 1,50 Mark kommen. Diese Nachricht ist falsch. Bei der vorwiegenden Lagerung der Tarife ist eine nachgegangene Erhöhung um eine bestimmte Zahl von Prozenten überhaupt ausgeschlossen. Jeder Tarif muß getrennt berücksichtigt werden. Abgesehen davon ist für den genannten Termin keinerlei Erhöhung in Aussicht genommen. Man wird alles daran setzen, um die bestehenden Tarife wenigstens bis zum 1. Juli aufrecht zu erhalten. Dann wird man allerdings die Tarife einer erneuten Prüfung unterziehen müssen. — Demgegenüber muß man sich zum 1. Mai allem Anschein nach auf eine bevorstehende Erhöhung der Eisenbahnpersonentarife gefaßt machen. Die 40 prozentige Steigerung der Gütertarife hat zum Teil die Personentarife emiatet, so daß die neue Verteurung des Reiseverkehrs sich nicht so katastrophal gestalten wird, wie sie der Gesamtlage des Eisenbahnetats nach sich gestalten müßte.

— **Regimentsfeier der ehemaligen 73 er.** Für September 1921 war eine Regimentszusammenkunft nach Hannover einberufen, die leider verschoben werden mußte. Diese kameradschaftliche Zusammenkunft, die nur allein den Zweck hat, das Wiedersehen der Kameraden untereinander zu ermöglichen, findet nun am 28. Mai 1922 in Hannover statt, dem ein Begrüßungsabend am 27. Mai in der Ausstellungshalle der Stadthalle vorausgehen wird. Hierzu zu erscheinen, ist eine Ehrenpflicht jedes Kameraden, der im Kriege wie im Frieden die No. 73 getragen hat. Auch die Kameraden, welche keinem Verein angehören, sind selbstverständlich herzlich willkommen. Zuschriften sind an H. Ahlswede, Hannover, Jägerhagenerstr. 18 zu richten.

— **Deutschlands Holzlieferungen an Frankreich.** Wie die Tägl. Rundschau von zuverlässiger Seite erfährt, wird in den nächsten Tagen eine französische Bauarbeiterabordnung nach Berlin kommen, um Verhandlungen über den Wiederaufbau in Nordfrankreich zu führen. Bei diesen Verhandlungen werden auch die Sachlieferungsabmachungen Deutschlands mit Frankreich berührt. Ebenso soll über die deutschen Holzlieferungen an Frankreich verhandelt werden. Frankreich fordert von Deutschland für das Jahr 1922 bedeutend größere Holzlieferungen wie im Vorjahre, und zwar 800 000 Stück meist buchene Schwellen und 20 000 Telegraphenstangen. Deutschland soll also seine Holzlieferungen beträchtlich erhöhen, sich vor allem aber verpflichten, Hölzer zu liefern, die für den Wiederaufbau verwendet werden können.

— **Harzgebiet, Niedersachsen und Mitteldeutschland.** Der Wirtschaftsverband für den Reg. Bez. Magdeburg hat in seiner Generalversammlung im Januar die Einbeziehung des gesamten Harzgebietes einschließlich der Kreise Goslar, Zellerfeld und Ilfeld in das Gebiet eines etwa zu bildenden Bezirkswirtschaftsrates Mitteldeutschland (Sachsen-Anhalt) verlangt. Hierzegen haben Magistrat und Handelskammer Goslar sowie der Industrieverein für Goslar und Umgegend bereits Stellung genommen. Den Harz verbinden mit dem übrigen Niedersachsen enge wirtschaftliche Bande, die sich auch von altersherein politischer Zugehörigkeit zu Hannover ausdrücken. Die Bevölkerung ist niedersächsischen Stammes. Das Verlangen der vor allem beteiligten Volkskreise im Falle der Bildung der Bezirkswirtschaftsräte bei Niedersachsen zu verbleiben, ist also wohl begründet. Der Gesamtvorstand des Wirtschafts-Ausschusses Niedersachsen hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesen Fragen erneut befaßt und einmütig die schon in der Niedersächsischen Wirtschaftskonferenz am 25. Januar 1921 kundgegebene Ansicht bestätigt, daß das Harzgebiet unbedingt zum Wirtschaftsbezirk Niedersachsen gehöre. Er wird sich deshalb bei den maßgebenden Stellen für die Wünsche der Harzbevölkerung einsetzen.

— **Anrechnung von Krankengeld auf die Rente.** Heilbehandlung auf Kosten des Reichs kann einem nicht krankenversicherten ehemaligen Heeresangehörigen vom Versorgungsamt auch dann gewährt werden, wenn glaubhaft dargetan ist, daß die Gesundheitsstörung, die eine ärztliche Behandlung notwendig macht, auf eine bisher noch nicht anerkannte Dienstbeschädigung zurückzuführen ist. Während dieser ärztlichen Behandlung, die nur befristet zu genehmigen ist, kann das Versorgungsamt ein Krankengeld zubilligen. Wird dann später dem Beschädigten eine Rente zuerkannt, so wird bei der erstmaligen Auszahlung der Rentengebührnisse nur der Teil des Krankengeldes in Anrechnung gebracht, der bei der Zusammenrechnung von Rente und Krankengeld den Betrag der Vollrente nebst Kinder-, Orts-, und Teuerungszulage übersteigt. Müssen jedoch zu diesem Ausgleich teilweise laufende Rentengebührnisse herangezogen werden, so darf der Mehrbetrag in Ausgabe bleiben.

— **Eine Stimme aus Amerika.** Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune" gibt die Aeußerungen eines angesehenen englischen Finanzmannes wieder, daß der Beschluß der Reparationskommission wahrscheinlich den Bankerott Deutschlands zur Folge haben und eine weitgehende Arbeitslosigkeit in Deutschland hervorrufen werde. Deutschland werde nur noch dieses Jahr bezahlen können.

— **Vertretung des Reichsfiskus im Spruchverfahren.** Die Vertretung des Reichsfiskus im Rentenverfahren vor dem Reichsversorgungsgericht über Versorgungsansprüche wurde bisher, soweit nur der Antragsteller Rente eingelegt hatte, von zuständigen Hauptversorgungsamt, sowie der Fiskus Rente eingelegt hatte, vom Reichsarbeitsministerium geführt. Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab ist die Vertretung in allen Fällen ausnahmslos den Hauptversorgungsämtern übertragen worden, die bisher auch schon bei Fiskus im Berufungsverfahren vor dem Versorgungsgericht vertraten. In der Vertretungsbefugnis des Reichsministeriums des Innern in allen Versorgungsangelegenheiten der ehemaligen aktiven Offiziere und Beamten und ihrer Hinterbliebenen sowie in Angelegenheiten des Kapitulantenentschädigungsgesetzes ist hierdurch nichts geändert.

— **Kapitalabfindung.** Die Kapitalabfindung bezweckt die Siedlung oder Schuldentilgung auf eigener Scholle. Für die Gewährung der Abfindungssumme bilden daher das Vorhandensein oder die alsbaldige Errichtung eines Wohnhauses die Regel. Ausnahmsweise kann Kapitalabfindung auch zum Erwerb einer Parzelle oder eines Gartengrundstücks gewährt werden, wenn nach Lage der Verhältnisse anzunehmen ist, daß der Abgefundene das Grundstück ständig behalten wird. Für die Beurteilung dieser Frage sind Lebensalter, Beruf, die persönliche Eignung zur Bewirtschaftung, sowie die Lage der Wohnung zur Parzelle von wesentlicher Bedeutung.

— **Die Land- und Forstwirtschaft.** In der Unterabteilung „Rohstoff-Wirtschaft" wendet sich das Wiederaufbau-Programm der Mitteldeutschen Ausstellung auch der Land- und Forstwirtschaft nebst deren industriellen Betrieben zu. Besonders rationelle Arbeitsweisen, die produktive Aufwertung des Grund und Bodens, der Betriebsmittel und Erzeugnisse sollen erläutert werden. Neben einem landwirtschaftlichen Versuchsfeld entsteht eine Mustergartenanlage mit den neuzeitlichsten maschinellen Einrichtungen und Anstalten nach modernsten landwirtschaftlichen, technisch wirtschaftlichen und baugewerblichen Gesichtspunkten. Die landwirtschaftliche Großmaschinen-Industrie, Firmen landwirtschaftlicher Kleinmaschinen und Geräte, Karosserie- und Fahrzeugfabriken, Fabrikanten von landwirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen sind in eindrucksvoller Weise auf der Mamu vertreten. Größere Berieselungs- und Bregnungsanlagen werden im Betriebe vorgeführt und weiterhin gezeigt, in welcher Weise die moderne Sprengtechnik zur Vereinfachung der Arbeitsvorgänge in Land- und Forstwirtschaft beiträgt. Um Anregungen für die Praxis zu geben, werden die Probleme der Ausmerzung heimischer Feldschädlinge durch die Tierlichtfallen und der Hochsengase für Düngungszwecke, sowie andere zeitgemäße Fragen in anschaulicher Weise erläutert. Mit Unterstützung der einschlägigen Fachvereine sind Ausstellungen für Garten-, Obst-, und Gemüsebau, sowie für Kleintierzucht in ständigem Wechsel vorgesehen und Garantien durch die ernste Mitarbeit bedeutender Fachverbände gegeben für eine würdige, umfassend übersichtliche Ausstellung der einschlägigen Fachgruppen.

— **Moor-Kultivierung in Hannover.** Das Preußische Finanzministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den ein weiterer Betrag von 100 Millionen zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein gefordert wird. Die Summe soll durch Ausgabe von Schuldverschreibungen aufgebracht werden. Von den staatlichen Mooren in Hannover und Schleswig-Holstein sind bisher 3800 Hektar fertig kultiviert. Durch Soldatensiedler werden voraussichtlich 2000 Hektar kultiviert werden. Ein Teil der Moore wird zur Torfgewinnung ausgenutzt. Insgesamt bleiben ungefähr 15600 Hektar zur Kultivierung übrig. Für die Kultivierung sind bereits mehrmals Summen bewilligt worden, die aber **bei Weitem nicht ausreichen.** Vor dem Kriege wurden die Kultivierungskosten für den Hektar mit 800 Mark veranschlagt, während jetzt mit einer Summe von 7500 Mark für den Hektar gerechnet werden muß. Die Summe von 100 Millionen soll neben den bereits bewilligten Summen ausreichen, die Kultivierung der gesamten Fläche durchzuführen.

Klausthal. Die Bürgervorsteherwahl. Bei der Bürgervorsteherwahl in Klausthal wurden abgegeben 2127 Stimmen für die bürgerliche (unpolitische) Liste, 922 Stimmen auf der Liste der freien Gewerkschaften (Sozialdemokratische Partei) und 244 Stimmen für die Liste der kommunistischen Partei, zusammen 3293 Stimmen, das ist ungefähr 80 Prozent der Wahlberechtigten. Von den 24 Bürgervorsteher-Sitzen werden demnach die Bürgerlichen 16 Sitze und die Sozialdemokraten und Kommunisten, deren Wahlvorschläge miteinander verbunden waren, 8 Sitze erhalten.

Quedlinburg. Zur Tausendjahrfeier wird der Magistrat zum Häuserschmuck Girlanden, Kränze und Tannenbäume unter günstigen Bedingungen abgeben.

Quedlinburg. Zum Viehmarkt waren 19 Pferde und 439 Schweine aufgetrieben. Die Preise für Pferde schwankten zwischen 10 000 und 30 000 Mark, die der Schweine zwischen 400 und 2400 Mark. Der Handel in Schweinen war sehr rege, so daß die Bestände fast ausverkauft wurden; nach Pferden war wenig Nachfrage.

Marquordt & Meinecke
Baugeschäft
übernimmt sämtliche
Bauausführungen und Bauleitungen
Bauzeichnungen, Statische Berechnungen
Kostenanschläge Bauberatungen
usw. ohne Verbindlichkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220329-12/fragment/page=1

Abzug der Amerikaner.

Von unserem O-Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Leider sind es nur die amerikanischen Besatzungstruppen, deren endgültiges Verschwinden vom deutschen Rheinstrom jetzt in halbamtlicher Form aus der amerikanischen Bundeshauptstadt gemeldet wird. Bis zum 1. Juli soll der Rest der Bundestruppen, der noch in Deutschland steht, zurückgezogen werden; worauf sich wahrscheinlich die hierdurch entstehende Lücke sozusagen automatisch mit französischen oder belgischen Mannschaften wieder füllen wird.

Ein Tausch, mit dem die von ihm betroffene deutsche Bevölkerung gewiß keine Ursache haben wird, zufrieden zu sein. Denn von den Besatzungstruppen der verschiedenen Nationen, mit denen unser Rheinland nun schon viele Jahre hindurch überwacht und gequält wird, haben sich die Amerikaner immer noch verhältnismäßig am anständigsten benommen. Es war ihnen nicht darum zu tun, und konnte ihnen naturgemäß nicht darum zu tun sein, an den Bewohnern des besetzten Gebietes bis dahin unbefriedigt gebliebene Rachegefühle auszulassen, sie haben vielmehr — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — ihre Aufgabe mit einiger Menschlichkeit ausgeführt, und im großen und ganzen kann ihnen wohl nur der eine begründete Vorwurf gemacht werden, daß sie den versührerischen Weinfreuden des Rheinlandes in gar zu zügelloser Weise nachgingen; vielleicht, um sich auf deutschem Boden wenigstens schadlos zu halten für die schwere Zeit der alkoholischen Entbehrungen, die ihnen nach der Rückkehr in die ganz und gar unter Temperenzlergesetze gestellte Heimat in Aussicht stehen. Gewiß, auch mit dem Steigen und Fallen des Dollarkurses das Barometer ihrer Launen bald heiteres, bald stürmisches Wetter an; aber unsere Brüder und Schwestern am Rhein werden ihnen insgesamt, wenn es zum Abschiednehmen kommt, das Zeugnis nicht versagen, daß sie im Vergleich mit Engländern, Franzosen und Belgiern immer noch die erträglichsten fremden Bedrücker gewesen sind. Was, nur relativ verstanden, als eine lobende Anerkennung ausgelegt werden darf.

Die Rückberufung der amerikanischen Besatzungstruppen durch die Washingtoner Regierung ist ein neuer Beweis dafür, daß die Union es satt hat, mit dem alten, keiner Belehrung zugänglichen Europa noch fernerhin in irgendwelcher Aktionsgemeinschaft zu verharren. Die Frage der Besatzungskosten, an die man zuerst durch einen Wink mit dem Zaunpfahl in Paris erinnern ließ, ist von der Botschafterkonferenz für den Augenblick mit einer freundlichen Handbewegung beiseitegeschoben worden, ohne daß sie damit etwa von der Tagesordnung verschwunden wäre. Im amerikanischen Kongreß wird sie, wie alle Nachrichten beweisen, um so schärfer im Auge behalten, und die amerikanische Regierung dürfte sehr bald auf sie, wie überhaupt auf die Regelung der zwischenstaatlichen Schuldverhältnisse zurückkommen. Was jetzt von der Reparationskommission an neuen „Garantien" für das zu bewilligende Moratorium für Deutschland in Aussicht genommen wird, kann in Washington schwerlich eine bessere Meinung von dem guten Willen der Entente begründen, die Schuldzahlungen von Deutschland seiner Leistungsfähigkeit anzupassen. In der Hauptsache soll es, wie schon wiederholt angekündigt wurde, auf eine Finanzkontrolle über das Reich hinauslaufen, und hier sind es begreiflicherweise die Zölle, auf die man es in erster Linie abgesehen hat. Wie diese Maßnahmen ins Werk zu setzen sind, darüber zerbrechen sich die Mitglieder der Reparationskommission immer noch die Köpfe. Sicher scheint vorläufig nur, daß die Frage der internationalen Anleihe, auf die es uns und allen denen, die den Wahnsinn des Versailler Vertrages für die katastrophalen Niedergang in Europa verantwortlich machen, in erster Reihe ankommt, von der Reparationskommission an die allerletzte Stelle gerückt wird, was scheinbar nicht dazu beitragen kann, der Entwertung der Reichsmark Einhalt zu gebieten. Aber ob es darauf den Mächtigen in Paris auch nur im mindesten ankommt? Ob sie nicht vielmehr im Gegenteil alle ihre Maßnahmen danach einrichten, daß die unheilvolle Entwicklung in Deutschland möglichst ungehindert ihren Fortgang nehme, um schließlich zu dem Zusammenbruch zu führen, der Frankreich endlich zum alleinigen Herrn über Deutschland machen würde?

Befürchtungen dieser Art haben nachgerade auch in den Vereinigten Staaten Boden gewonnen, und ihre wirtschaftlich führenden Männer insbesondere mögen sich schon lange fragen, ob das verarmte, verschuldete und für sich allein ziemlich hilflose Europa überhaupt noch zu retten sei, solange der Geist der französischen Politik den Lauf der Dinge zu bestimmen hat. Von Genua will Amerika nichts wissen, und vom Rhein zieht es seine letzten Mannschaften zurück; das eine wie das andere als Druckmittel auf die Entschließung der Entente gedacht, der man mit den bloßen Mitteln der Diplomatie nicht mehr beikommen kann. Die Sprache, die jetzt angeschlagen wird, dürfte in London wie in Paris fehlerlos verstanden werden. Aber daß man ihr Gehör schenken sollte, ist nach allen Erfahrungen der letzten Zeit schwerlich anzunehmen.

720 + 1450 Millionen Goldmark.

Bestätigung der Beschlüsse von Cannes.

Seit Cannes leben wir in einem Zwischenzustand, der für uns recht kostspielig ist, da die provisorischen Zahlungen, die wir alle 10 Tage in Höhe von 31 Goldmillionen zu entrichten haben, unsere Leistungsfähigkeit auf die Dauer weit übersteigen. Immer noch warten wir auf die endgültige Entscheidung der Reparationskommission über die definitive Höhe unserer weiteren Zahlungen. Jetzt aber weiß die halbamtliche Havasagentur zu berichten, die Reparationskommission habe bereits Entscheidungen getroffen, die darauf hinausliefen, den Hauptgrundsatz einer

Finanzkontrolle über das Reich,

besonders über die Zölle, zuzulassen. Die Ausführungsbestimmungen sollen später festgesetzt werden. Zur Erleichterung der Abkommen über die Sachleistungen soll außerdem Deutschland verpflichtet sein, den Fehlbetrag von nichtausgeführten Naturallieferungen in bar zu zahlen. Die Frage der internationalen Anleihe soll später behandelt werden. Eine Abmachung soll festgesetzt werden, um Deutschland im Jahre 1922

ein Moratorium zu gewähren

und zwar auf der Zahlungsgrundlage von Cannes, die uns zu 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Waren, anstatt der zwei Milliarden Goldmark und der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe aus dem Londoner Ultimatum verpflichtete. Bei den Verhandlungen in der Kommission war übrigens wieder einmal die französische Auffassung den Anschauungen der anderen Verbündeten entgegengesetzt. Die Engländer und die Italiener wollen Deutschland durch eine Art Ultimatum zur Einführung der verlangten Reformen auffordern, und es soll dem Reich eine Frist gelassen werden, die notwendigen Einrichtungen zu treffen. Frankreich aber will sofort das Kontrollsystem in Anwendung bringen. Der Erfolg dieser Beratungen der Reparationskommission ist, falls die Entschlüsse endgültig in der vorstehenden Art und Weise gefaßt werden, für uns sehr wenig erfreulich, denn ohne eine tatsächliche Erleichterung seiner Zahlungslast zu erhalten, würde das deutsche Volk überdies unter eine drückende Kontrolle der Entente geraten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen den Abbau der Getreidebewirtschaftung.

Vertreter der oldenburgischen Landwirtschaft und der Verbraucher hatten sich zu einer gemeinsamen Beratung über die künftige Ernährungswirtschaft zusammengefunden. Die Aussprache, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Tantzen stattfand, ergab als Resultat die einstimmige Ansicht, daß ein weiterer Abbau des Getreideumlageverfahrens zurzeit nicht angebracht sei. Auch die gegenwärtige Lage in der Kartoffelversorgung erfuhr allseitig schärfste Verurteilung. Die Vertreter der Städte forderten auch für die Kartoffeln in Zukunft das Umlageverfahren. Die Vertreter der Landwirtschaft sprachen sich dagegen aus, erkannten aber an, daß es wie bisher nicht weitergehen könne.

Die preußische Landgemeinde- und Städteordnung.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages erklärte der Minister des Innern Severing, die Technische Nothilfe sei eine Einrichtung des Reiches. Es sei unter Umständen erwägenswert, sie zu einer Einrichtung der Länder zu machen. Man könne sie dann vielleicht der Polizei angliedern, ohne deren Schutz sie ja doch nicht arbeiten könne. Zur Verwaltungsreform erklärte der Minister, daß der Entwurf der Städte- und Gemeindeordnung demnächst mit einer eingehenden Begründung veröffentlicht werden solle. Auch er sei der Ansicht, daß die Finanzfragen der Gemeinden eine baldige Klärung erfahren müssen. Der Minister hob hervor, er fühle sich nicht als Parteiminister, sondern als Staatsminister. Die persönliche Verwaltungsreform könne erst in Angriff genommen werden, nachdem die Verwaltungsgesetze verabschiedet seien. Der Achtstundentag solle auch bei den Behörden voll durchgeführt werden; er warne aber vor Mechanisierung.

Ein weißer Rabe.

Von Köln aus unternehmen gegenwärtig 25 Mitglieder der belgischen sozialistischen Parteischule eine Studienreise durch das westdeutsche Industriegebiet. Die sozialdemokratische Partei Kölns veranstaltete aus diesem Anlaß eine Kundgebung für die Internationale, bei der der Führer der belgischen Sozialdemokratie Henry de Man in seinen in fließendem Deutsch gehaltenen Ausführungen zum Schluß die Forderung nach der Änderung des Versailler Vertrages und der sofortigen Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes aufstellte. Leider verhallen diese so selten gehörten Stimmen der Vernunft aus den Ententeländern meist ungehört dort, wo sie ihre Wirkung tun sollten.

Freistaat Danzig.

Das Wirtschaftsabkommen mit Polen. Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wurden nunmehr abgeschlossen. Im einzelnen ist eine Einigung erzielt worden, betreffend die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen. Aus technischen Gründen ist die Aufhebung dieser Grenze jedoch vor dem 1. April 1922 unmöglich. In der Übergangszeit haben sich beide Parteien die größtmöglichen Erleichterungen im gegenseitigen Warenverkehr zugestanden.

*

Berlin. Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß, Mittel für die Sozialisierungskommission in den Etat nicht mehr einzustellen, da der Reichswirtschaftsrat an ihre Stelle getreten wäre.

Berlin. Im Reichstage ist eine sozialdemokratische Anfrage eingegangen, die von der Regierung Auskunft verlangt, ob sie bereit ist, das preußische Überleitungsgesetz auch auf die Reichsbeamten auszudehnen, nachdem das Reichsgericht das preußische Gesetz als zu Recht bestehend anerkannt habe.

Berlin. Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß die Nachricht eines amerikanischen Blattes von einem Sturz der Regierung in Sofia glatt erfunden ist.

Braunschweig. Der aus der Partei der Unabhängigen ausgeschlossene frühere braunschweigische Ministerpräsident Seyp Orter erklärt, daß er sein Landtagsmandat nicht niederlegen werde.

Cork (Irland). Bewaffnete Männer haben mehrere hervorragende Bürger, die Anhänger der provisorischen Regierung sind, gefangen genommen und nach einem unbekannten Ort weggeführt.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Die Botschafterkonferenz hat in einer Note die Verantwortung für die durch die polnischen Aufstände in Oberschlesien entstandenen Schäden abgelehnt.

* Die amerikanische Regierung hat zur Ernennung des für Washington bestimmten deutschen Botschafters Geheimrat Wiedfeld ihre Zustimmung erteilt.

* Poincaré hat jetzt endgültig darauf verzichtet, nach Genua zu gehen, während Lloyd George endgültig beschloß, an der Konferenz teilzunehmen.

* Auf den chinesischen Gesandten in Paris wurde von einem chinesischen Studenten ein Revolverattentat verübt. Der Gesandte wurde am Kopf verletzt.

Für heut und morgen.

Falsche Einkommensteuermarken. Nach einer amtlichen Mitteilung ist an verschiedenen Orten versucht worden, gefälschte Einkommensteuermarken in Umlauf zu setzen. Es handelt sich hierbei meist um die Markenwerte von 10 und 20 Mark. Die gefälschten Marken sind von den echten leicht dadurch zu unterscheiden, daß das Papier, auf dem sie gedruckt sind, kein Wasserzeichen enthält. Die Ausführung des Drucks (Steindruck) ist mindermertig und weist kleine Abweichungen von den echten Marken auf. Es ist ratsam, die Einkommensteuermarken nur von den amtlichen Verkaufsstellen, also von Postämtern, zu kaufen.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

67] (Nachdruck verboten.)

„Das hoffe ich auch, und zwar von Herzen. Und wenn du selbst den guten Willen mitbringst, wird's schon gehen, und besser, als du denkst. Seit du dein Geheimnis dir vom Herzen abgeschüttelt hast, bist du schon eine ganz andere geworden. Daß ich damals unter dem Bekenntnis von den Lippen der Frau, die ich liebe, grenzenlos gelitten habe, ist selbstverständlich. Aber du siehst, mit eisernem Willen kommt man über alles hinweg. Ich leide nicht mehr, — und ich glaube, du kannst dich über den brüderlichen Freund an deiner Seite, dem du dich anvertraut hast, wahrhaftig nicht beklagen?!"

Damit hielt er ihr die Hand hin, in die Hildegard lächelnd die ihrige legte.

„Nein, Bruno, du bist wirklich ein seltener Mensch, der mir immer aufs neue Bewunderung abnötigt. Genügt dir diese bescheidene Anerkennung?"

„Vollkommen! Bei andern von dir, die nicht mit schönen Phrasen um sich wirft."

„Und nun, sieh, Bruno", sagte sie ruhig, während sie weiter die roten Seidenfäden ihrer Stickerei durch seine Leinen zog — „nun komme ich heute mit einer Bitte zu dir!"

„Du hast eine Bitte? — Du — eine richtige Bitte?!" Damit richtete er sich aus seiner bequemen Lage auf und sah seine Gattin erstaunt und erwartungsvoll an. „Das überrascht mich wirklich und zwar im höchsten Grade angenehm und im voraus ist sie natürlich erfüllt. Das bedarf gar keiner Worte!"

„Ich danke dir, Bruno. Aber ehe du sie erfüllst, mußt du sie angehört haben. Ich muß dir aber vorher etwas bekennen, das dich vielleicht überraschen wird. Ich bin nämlich nicht im entferntesten so gut, wie du glaubst, habe nicht das sanfte Taubengemüt der normalen Frauen, das du vielleicht stets bei mir vorausgesetzt hast. In mir steckt, das weißt du, ein unbändiges Wahrheitsbedürfnis und ein starkes Gerechtigkeitsgefühl, zwei Eigenschaften, die du schon von deinem männlichen Standpunkt an mir begreiflich und schätzungswert finden mußt."

Bruno nickte ein wenig verwundert, und Hildegard fuhr fort, während sie ganz ruhig weiterstickte, als handle sich's um eine ganz oberflächliche Besprechung über alltägliche Dinge: „Dazu kommt nun etwas, was ich beinahe als krankhaft bezeichnen möchte, denn es läßt mich nicht los und verfolgt mich wie eine fixe Idee, und zwar das glühende Bedürfnis, eine Infamie, die an mir begangen worden ist, verfolgt und gesühnt zu wissen. Eher finde ich keine Ruhe."

„Eine Infamie? — An dir?" — schaltete Bruno ein und zwang sich in Ton und Haltung zu äußerster Ruhe, obwohl ihm das Herz unruhig zu klopfen begann.

„Jawohl, eine Infamie, wie sie niedriger und perfider gar nicht gedacht werden kann. Und zwar nicht nur an mir ist sie begangen worden, sondern noch an einem andern, und nicht zuletzt an dir. Wir haben uns wie gute Freunde miteinander ausgesprochen, Bruno, haben einen neuen Pakt fürs Leben miteinander geschlossen, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß wir beide uns sehr wohl dabei befinden. Deshalb kann ich gerade heute in dir den einzigen Bundesgenossen finden, den einzigen Menschen auf der Welt, der imstande ist, mir meine volle Ruhe wiederzugeben!"

„Da bin ich aber neugierig, um was es sich handelt!" Hildegard sagte mehr zu Bruno:

„Um eine würdige Mannestat eines vornehmen Menschen, um eine Tat edelster Selbstverleugnung des Gatten der Frau gegenüber, die er liebt. Du weißt, daß ich verlobt war, bevor du in mein Leben trattest. Ich erzählte dir, daß mein Verlobter, Herbert von Attingen, fortreiste, um eine Position zu finden, die es ihm möglich machen konnte, die Braut heimzuführen, und daß wir in ununterbrochener Korrespondenz blieben, wirst du selbstverständlich finden. Als seine Briefe ausblieben, begann mein Martyrium, als seine Vermählungsanzeige kam, warf ich ihn zu den Toten, glaubte ihn jedes Gedenkens unwürdig und wurde deine Gattin. Unser Briefwechsel ist von einem infamen Schurken unterschlagen worden, aufgefangen, gestohlen worden, die Vermählungsanzeige ist gefälscht, wie alle drei mit einem Zynismus ohnegleichen, um unser Leben betrogen worden!"

„Wie kommst du darauf? — Wer kannst du glauben", fragte Bruno, der leichenblaß geworden war und seine Fassung einen Augenblick verlor, denn das alles kam so plötzlich, so unvorbereitet über ihn, daß ihm seine sonstige Schlagfertigkeit im Stich ließ.

„Ich weiß es aus sicherster Quelle, Bruno, glaub' mir. Du weißt, auf wage Vermutungen hin erhebe ich keine Anklage."

„Von wem weißt du — oder richtiger — wer hat dir gesagt?"

„Herbert selbst! Ich habe ihn gesprochen!"

Bruno sprang auf, daß der Schaukelstuhl zurückflog — auch Hildegard richtete sich langsam empor, immer mit der gleichen unerschütterlichen Ruhe und fuhr unbeirrt fort, da der Baumeister kein Wort fand, um sie zu unterbrechen:

„Sei ganz unbesorgt, Bruno, diese Begegnung sah einem Rendezvous nicht ähnlich. Aber Auge in Auge haben wir uns ausgesprochen und das Schicksal hat es so gewollt. Im Walde sind wir uns begegnet, im Walde haben wir Abschied voneinander genommen, und unter den Tannen draußen im Grund liegt die Erinnerung an die Zeit der Jugendliebe begraben. Ich bin keine Frau, die ihren Gatten betrügt, wenn sie ihn achtet, wie ich es tue. Herbert und ich werden uns nie wieder begegnen und jeder wird das zu tragen wissen, was über ihn verhängt ist. Aber von dir erbitte ich als Gatten, mir die Ruhe und die Klarheit meiner Seele zurückzugeben und die heimliche Qual der Zweifel von mir zu nehmen, und bis ans Ende meines Lebens will ich dir dankbar sein. Als Ehrenmann fordere ich von dir die Erfüllung deiner Pflicht, hart, rücksichtslos, wie es deine Art ist, und erhebe vor dir feierlich Klage gegen den Elenden, der mit raffinierter Bosheit in mein Privatleben eingebrochen ist und an zwei Menschenseelen einen Raubmord begangen hat."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220329-12/fragment/page=2

Deutscher Reichstag.

(Aus der 192. Sitzung.)

Die 192. Sitzung wurde mit der Erledigung einer kurzen Anfrage des Abg. Koenen-Hebel (Soz.) begonnen. Der Anfragende erhob Einspruch dagegen, daß noch immer Briefmarken verkauft werden, die das Bildnis des früheren Kaisers tragen. Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß Ende 1921 noch 1¾ Millionen Marken im Werte von je 5 Pfennig, die das Bildnis des früheren Kaisers tragen, vorhanden waren. Diese Restbestände sollen der Ersparnis halber im inneren Betriebe aufgebraucht werden. Schon seit Dezember vorigen Jahres sind sie nicht mehr an den Schaltern verkauft worden, und jetzt sind sie nahezu verbraucht. Hierauf wurde der Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen einem Ausschuß überwiesen, und dann setzte man die zweite Lesung der Steuervorlagen mit der

Einzelberatung des Vermögenssteuergesetzes

fort.

§ 22 handelt von den Zuschlägen auf 15 Jahre zur Vermögenssteuer, die an die Stelle des Notopfers treten soll.

Abg. Dr. Hertz (U.-Soz.) beantragte, bei den Zuschlägen bis zu 300 Prozent (Vorlage bis zu 200 Prozent) zu gehen. Außerdem sollen die Zuschläge bereits bei 100 000 beginnen (nach der Vorlage erst bei 250 000).

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) erklärte, die Kommissionsbeschlüsse seien so hoch, daß die Zuschläge weit über das Notopfer hinausgingen. Bis zu 300 Prozent dürften die Zuschläge unter keinen Umständen bemessen werden.

Abg. Hoellein (Komm.) trat gleichfalls für Erhöhung der Zuschläge bis 300 Prozent ein.

Abg. Dr. Helfferich erwiderte, die Rechnung des Abg. Hoellein hat den Fehler, daß er Vermögen und Einkommen verwechselt. Heute ist der Millionär ein Mann, der früher 25 000 Mark Goldvermögen hatte. Der Redner beantragte Hinzufügung der Bestimmung, daß dem Zuschlag zur Vermögenssteuer nicht unterliegen sollen deutsche Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Industrieobligationen usw., soweit diese Wertpapiere sich seit dem 30. Juni 1919 ununterbrochen im Besitze des Steuerpflichtigen befunden haben.

Staatssekretär Dr. Zapf wandte sich gegen diesen Antrag. Damit würden auch die größten Vermögen steuerfrei, wenn sie aus solchen Papieren bestanden.

Hierauf wurde abgestimmt. Zu § 16 wurde ein Antrag Herold angenommen, wonach bei Ermittlung des nachhaltigen Ertrages besonders auch der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Die §§ 17 bis 22 wurden in der Fassung des Ausschusses angenommen, ebenso § 23, der von der Ermäßigung der Steuer bei kinderreichen Familien handelt. § 25 regelt die Veranlagung. Er wurde unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Ferner wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, die vom Ausschuß beantragt waren. In diesen wird u. a. eine Gesetzesvorlage gefordert, durch die für das Einkommen- und das Erbschaftssteuergesetz und besonders für die Tarife diejenigen Änderungen vorgeschlagen werden, die sich wegen der Markentwertung als notwendig erwiesen. Eine weitere Entschließung verlangt, daß die Frage der Herstellung einer dauerhaften Wertbeständigkeit für das ganze Wirtschaftsleben eingehend untersucht werden soll. Eine dritte, vom Abg. Dr. Helfferich (Deutschn.) zur Einfügung in das Gesetz empfohlene Entschließung fordert, daß die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrages der Geldentwertung angepaßt werde. Namentlich diese Entschließung wurde von sozialistischer Seite mit der Begründung bekämpft, daß ein ähnliches Entgegenkommen den Arbeitnehmern beim Lohnabzuge nicht gewährt worden sei. Trotzdem wurden die Entschließungen noch längerer, teilweise erregter Auseinandersetzung angenommen, mehrere gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien. Nunmehr kam man zur

zweiten Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses soll im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer alle drei Jahre der Vermögenszuwachs veranlagt werden. Steuerpflichtig ist dieser Zuwachs, wenn er 100 000 Mark übersteigt und das Endvermögen mehr als 200 000 Mark beträgt. Die Steuer beträgt für die ersten 200 000 Mark Zuwachs 1 Prozent und steigt bis zu 10 Prozent bei einem Zuwachs über 1½ Millionen Mark. Nach Ablehnung verschiedener Anträge, die von deutschnationaler Seite oder von der äußersten Linken gestellt waren, wurde das Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Hierauf folgte die zweite Beratung des Gesetzes über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Nach dem Antrage des Ausschusses soll diese ganze Vorlage abgelehnt werden. Die Abgeordneten Dr. Geyer-Sachsen (Komm. Arbeitsgemeinschaft), Koenen (Komm.) und Soldmann (U.-Soz.) beantragten dagegen, die Vorlage wieder herzustellen. Es blieb aber auch hier bei dem Antrag des Ausschusses.

Ein Zwischenspiel bildeten scharfe Angriffe, die die Abgeordneten Koenen (Komm.) und Dr. Hertz (U.-Soz.) gegen den Minister Dr. Hermes richteten. Der Minister legte schärfste Verwahrung ein gegen die persönlichen Verdächtigungen des Abg. Koenen und erklärte, daß er dem Gerichtsverfahren und dem parlamentarischen Untersuchungsverfahren mit größter Ruhe entgegensehe.

Es folgte die zweite Beratung der Novelle zum Körperschaftssteuergesetz. Das Gesetz wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Ostpreußens Not.

Der Raub der fünf Weichseldörfer.

Die Königsberger Blätter veröffentlichen einen Aufruf, welcher in flammenden Worten zur Rettung Ostpreußens vor polnischen Raubgelüsten ermahnt. Es heißt darin u. a.:

Der Vertrag von Versailles sichert Ostpreußen einen freien und ungehinderten Zugang zur Weichsel. Trotz des feierlich beschworenen Vertragsrechts hat am 12. März die Interalliierte Grenzfestsetzungskommission die Grenze östlich des Stromes gelegt, eine Reihe von Dörfern auf dem östlichen Weichselufer zu Polen geschlagen und Deutschland selbst die letzte Zugangsmöglichkeit zum Strome genommen. Die neue Grenze durchschneidet an vier Stellen den Damm, der die fruchtbare Marienwerder Niederung vor Überschwemmung schützt; eine Sinnwidrigkeit, deren Folgen unabsehbar sind.

Die Abtrennung der Provinz Ostpreußen von der Weichsel ist damit vollständig geworden und der Ring um die belagerte Feste geschlossen.

Wache auf, Deutschland! Richte deinen Blick auf deinen letzten Außenposten jenseits der Weichsel. Es handelt sich um mehr als einen Quadratmeter Landes; es geht um

die deutsche Zukunft östlich der Oder.

Helft uns, ihr deutschen Brüder und Schwestern. Der Arm Deutschlands ist schwach, so helft uns mit dem Herzen. Die Entrüstung und der heilige Zorn über den Gewaltspruch, über den Bruch des Versailler Vertrages durch die Grenzkommission flamme hoch empor zu einem entschlossenen „Nein", auf daß unsere Regierung den Neuraubboden gibt für eine unbedingte Ablehnung des neuen Raubes an deutschem Land. Deutschland, rette Ostpreußen! Gewissen der Völker, schützet die Heiligkeit der Verträge!

Beschlagnahmte Sowjetpelze.

Die verhinderte Rauchwaren-Auktion.

Leipzig, im März.

Mächtige Aufregung entstand jüngst in den beteiligten Kreisen, als die seit langem angekündigte Auktion von Pelzwaren im Werte von 500 Millionen Mark für Rechnung der russischen Sowjetregierung unmittelbar vor Eröffnung durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Leipzig untersagt wurde. Das Verbot gründet sich auf einen Einspruch der Aktiefelskab Russisk Handelscompagnie in Kopenhagen, welche die zur Versteigerung stehende Ware als ihr Eigentum reklamiert. Von der Kopenhagener Kompagnie lag eine eidesstattliche Versicherung vor, daß die Ware unter Verletzung des dänischen Konsulatssiegels in Moskau von der Sowjetregierung beschlagnahmt worden sei. Es sollen etwa 600 in- und ausländische Interessenten in Leipzig eingetroffen sein, unter ihnen solche aus England, Amerika und Frankreich, zumal eine Pelzauktion von derartigem Umfang in den letzten Jahren in Europa nicht stattgefunden hatte.

Allen Pelzhändlern, die in Leipzig anwesend waren, wurde mitgeteilt, daß eine Umgehung des Verkaufsverbots mit einer Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten geahndet werden würde. Einer besonders eifrigen Firma soll es gelungen sein, bereits vor Erlaß des Verbots einen größeren Posten im Werte von etwa siebzig Millionen Mark zu erwerben.

Wie hier erzählt wird, soll die mit der Geschäftsabwicklung betraute Firma Rauchwaren-Lagerhaus G. m. b. H. und die hiesige Handelsvertretung der Sowjetrepublik Einspruch gegen die Verfügung des Landgerichts erhoben haben.

Von Nah und fern.

Auferstehung der Kölner Domglocke. Die Kölner Domglocke, die größte Glocke Deutschlands, geht ihrer Auferstehung entgegen. Das Kölner Domkapitel hat sich entschlossen, die ehemalige Kaiserglocke, die ein Opfer des Krieges geworden ist, erneut gießen zu lassen. Mit der Ausführung ist der Glockengießermeister Ulrich in Apolda beauftragt worden. Die Glocke wird ein Gewicht von etwa 500 Zentnern haben und den Namen „Deutsche Glocke am Rhein" erhalten.

Eine neue deutsche Universität. In Eisenach soll eine neue Universität, die in erster Linie die Fakultäten Wirtschaft, Handel und Industrie haben soll, gegründet werden. Die Kosten für die Einrichtung sollen in den ersten Jahren 4 bis 5 Millionen Mark betragen, später jährlich zwei Millionen. Man rechnet mit einem Anfangsbesuch von 500 Studierenden.

Gleiwitz unter strenggster Kontrolle. Infolge der zahlreichen Mordanschläge, die letzthin in Gleiwitz verübt wurden, hat der Kreiskontroneur in Übereinstimmung mit der Militärbehörde angeordnet, daß die Kaffeehäuser und Schankstätten in Gleiwitz um 11 Uhr abends schließen. Im Stadtteil Peterdorf muß die Schließung bereits um 8 Uhr erfolgen. Die Einwohner sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie den Personalausweis, der jederzeit von ihnen verlangt werden kann, bei sich führen müssen.

Eine Millionenstiftung. Die Hinterbliebenen des amerikanischen Bankiers Jakob Schiff, der aus Frankfurt a. M. stammte, haben der Stadt Frankfurt die Summe von zwei Millionen zur Verfügung gestellt, zum Dank dafür, daß die Stadtverwaltung eine Straße Jakob-Schiff-Straße genannt hat. Die Hälfte der Summe erhält das Wohlfahrtsamt, die andere Hälfte der „Israelitische Armenkasten" zur Verwendung für Alters- und Invalidenfürsorge.

Ein falsches Gerücht. Gegenüber Gerüchten, wonach dem Dampfer „George Washington", der sich seit einiger Zeit auf einer Mittelmeerreise befindet, ein Unfall zugestoßen sein soll, wird aus Bremen von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der Dampfer bisher alle Anlaufshäfen fahrplanmäßig verlassen hat. Nach den letzten Meldungen aus Konstantinopel kam der Dampfer am 18. März wohlbehalten dort an und ist inzwischen weitergefahren. An Bord war alles wohl.

Scheußliches Verbrechen an zwei Kindern. Einem furchtbaren Lustmord fielen zwei Kinder aus Gamehlen bei Uelzen zum Opfer. Die achtjährige Tochter des Arbeiters Voß und der neunjährige Sohn des Forstbeamten Reusch wurden auf ihrem Wege zur Schule im Walde überfallen und ermordet. Das Mädchen wurde vergewaltigt. Beiden Kindern war der Hals mit einem scharfen Messer durchschnitten. Dem Knaben war der Kopf mit einem stumpfen Instrument gespalten. Als Täter kommen anscheinend zwei Männer in Frage, die an dem Mordtage in der Gegend gesehen worden sind; der eine ist etwa 40 Jahre, der andere etwa 17 Jahre alt.

Unerlaubte Fischerei. Laut Mitteilung des dänischen Marineministeriums hat das Inspektionsschiff „Islandsfalk" am 10. März den deutschen Trawler „Zaale" in isländischen Hoheitsgewässern angehalten. Der Kapitän wurde vom Gericht wegen ungesetzlicher Fischerei zu einer Geldstrafe von 10 000 Kronen verurteilt, und die Beschlagnahme des Fanges und der Fischereigeräte verfügt.

Gerichtshalle.

Ein Kriegswucherprozeß. Vor einer Berliner Strafkammer begann ein Prozeß wegen Kriegswuchers und Kettenhandels. Angeklagt sind der Regierungsrat im Landwirtschaftsministerium Dr. Max Bendiner, der Kaufmann August Herren, der Kaufmann Alwin Schönlank, Direktor Heinrich Grammler und Kaufmann Robert Engler. Dr. Bendiner war seit 1916 Leiter der literarischen Abteilung bei der Zentral-Einkaufs-Genossenschaft. Er soll unter Benutzung dieser Stellung in Gemeinschaft mit dem Angeklagten Herren, der Leiter des „Kriegsverbandes der Flugzeugindustrie" war, den übrigen Angeklagten und den Konsuleuten Benz und Dr. Baur in Hamburg, gegen die ein besonderes Verfahren schwebt, umfangreiche Benzin-, Öl- und Spritschiebungen vorgenommen haben. Da von der Verteidigung umfangreiche Entlastungsbeweise angeboten worden sind, wird die Verhandlung mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Drei Todesurteile. Das Schwurgericht in Beuthen verurteilte die Grubenarbeiter Miotek aus Deutsch-Piekar und Schwarz aus Roßberg sowie den Wärter Oler aus Miechowitz wegen Mordes an dem Landjäger Rohl aus Josefstal zum Tode. Der Mord geschah während des polnischen Augustaufstandes von 1920. In ihren Anklagen behaupteten die Angeklagten, daß sie von Sosnowice aus Befehl erhalten hätten, alle deutschen Landjäger im oberschlesischen Abstimmungsgebiet zu beseitigen, zu welchem Zwecke ihnen des öfteren eine schwarze Liste vorgelesen worden sei.

Eine kostspielige Notgeldausgabe. Die Gemeinde Solnhofen in Bayern hatte im vorigen Jahre Notgeld herausgegeben, ohne die staatliche Genehmigung einzuholen, und hatte von diesem Notgeld für 12 000 Mark in den Handel gebracht. Die Strafkammer in Eichstädt verurteilte jetzt den Bürgermeister und acht Gemeinderäte wegen Vergehens gegen das Reichsbankgesetz zu je 120 000 Mk. Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

68] (Nachdruck verboten.)

„Du kannst mir helfen, wenn du willst, der Staatsanwalt ist dein Freund, ihm stehen alle nur denkbaren Mittel zur Verfügung, er hat das Recht, zu suchen, zu fragen, zu forschen — und Antwort muß ihm werden! Das nötige Material ist gesichtet und geordnet und werde ich es dir übergeben! Willst du meine Bitte erfüllen, willst du alles tun, um den Schuldigen zu erfahren und ihn dem Gesetz zu überliefern?"

„Selbstverständlich!" erwiderte Bruno, der längst sein äußeres Gleichgewicht zurückgewonnen hatte, unter allen Umständen will ich das, wäre es auch nur, um dir zu beweisen, daß es Verbrecher gibt, die schlauer und raffinierter sind, als wir mit all unserer kühlen Weisheit. Ich stelle mich dir ganz zur Verfügung, und sobald wir zurückkommen, nehme ich die Sache in die Hand."

„So laß uns morgen reisen!"

„Morgen schon?!"

„Am liebsten noch heute!"

„Also ja! — Ganz wie du willst!"

„Ich danke dir!"

Sie reichte ihm die Hand, die er galant wie immer an seine Lippen führte, und während er sich niederbeugte auf die kühlen, weißen Finger, glitt langsam ein seltsamer, langer Blick ihrer klugen Augen über ihn hin, der ihn erschreckt hätte bis ins innerste Mark, wenn er ihn hätte sehen können.

Dann zog Hildegard sich zurück, um für den Mittag ein wenig Toilette zu machen, und ließ Bruno allein zurück. Aber er war nicht allein. Seine Gedanken waren bei ihm, und damit hatte er Gesellschaft genug — und eine recht wenig angenehme dazu. Mechanisch fuhr er einigemal mit der Hand an die Stirne, die ihn schmerzte, als hätte ihm jemand mitten hinein einen Nagel getrieben, dessen Spitze sich in sein Gehirn bohre. Er trat an die Brüstung der Veranda und blickte hinunter auf die grüne Rasenfläche, die sich im Sonnenscheine längs des glitzernden Flusses hinzog, wo lustiges Lachen heraufscholl, helle Kleider schimmerten und die Tennisbälle durch die Luft flogen. Das sinnlose Treiben widerte ihn an. Er nahm Hut und Stock und verließ das Hotel. Schnellen Schrittes ging er über die Chaussee und schlug dem Waldweg ein, der ganz einsam um diese Zeit war. Und seine Gedanken begleiteten ihn und wanderten treulich neben ihm her.

Was sollte er tun? Was mußte zunächst geschehen, um die Spuren des Begangenen zu verwischen, so daß sie nicht mehr aufzufinden waren? Denn verwischen mußte er sie der Frevel mußte unentdeckt bleiben, und wenn es ihm sein ganzes Vermögen gekostet hätte. Und mit Geld konnte man ja so unendlich viel, konnte alles! Niemand wußte das besser, als der Herr „Graf Sobrzeski" Wie die ruhelosen kleinen Arbeitsbienen eines riesigen Ameisenhaufens, so wirbelten die Denkkörper seines Gehirns durcheinander. Ihm fiel das Bild ein, wie er vor einigen Tagen mit seinem Stock mitten hineingestochen hatte in das automatisch geregelte Getriebe. In welch wahnsinniger Aufregung war da alles durcheinander gerannt, übereinander hergestürzt in kopflosser Verwirrung, in rasender Flucht.

Und als er am nächsten Tage vorbeikam, war alles wieder in gewohnter Ordnung die alte Straße gezogen. Nur Zeit mußte er gewinnen. War er nur erst wieder Herr seiner Gedanken, so war er auch wieder Herr der Situation! — —

Zur gleichen Zeit saß Hildegard mit hochgeröteten Wangen vor ihrem Schreibtisch im Zimmer, nachdem sie sich eingeriegelt hatte, und schrieb mit fester Hand nur wenige Zeilen, die weder eine Überschrift noch Unterzeichnung begleiteten.

„Habe getan, wie Du gewünscht. — Wirkung überraschend! So sieht das entlarvte Verbrechen, das jäh überrumpelte Gewissen aus, wenn es die Gestalt eines Menschen annimmt. Wir reisen morgen ab. Erwarte näheres. Vorsicht!"

Sie kuvertierte das Papier, versah es mit der Adresse und ließ es, als sie die Treppe zum Speisesaal hinabstieg, schnell in den allgemeinen Postkasten gleiten. Dann trat sie mit unbefangenem Gesicht unter die übrigen.

* * *

Mittagsruhe und sonntägliche Stille lag über den Höfen und Plätzen des städtischen Krankenhauses. In dem dichten Gebüsch schattiger Bäume zwischerten die Vögel, und der kleine Springbrunnen plätscherte — so monoton — so diskret — als wollte er seine ganze Umgebung sanft in wohligen Schlaf wiegen.

In einem der sauberen, behaglichen Zimmer im zweiten Stock saß Felix sinnend am Fenster in dem bequemen Rohrstuhl, hatte den Kopf auf die Hand gestützt und blickte hinunter über den weißen, sonnenbeschienenen Hof, an den Bäumen und dem Springbrunnen vorbei nach der hohen Gittertür des Einganges, die er von hier aus genau sehen konnte. Auf dem Fenstersims im Glase standen ein paar vollerblühte dunkelrote Rosen, die Gretel ihm gestern mitgebracht hatte, und die mit welchem Duft das ganze Zimmer durchtränkten.

Er war heute zum ersten Male aufgestanden. Man hatte ihm gesagt, er sei nun wieder gesund. Und er war's ja wohl auch, denn die Wunden waren geheilt, kaum, daß man die Narben mehr fühlte. Aber müde war er, unbeschreiblich müde, wie ein hilfloses Kind, und der Weg von seinem Bett bis hierher zum Fenster war ihm wie ein beschwerlicher Spaziergang erschienen. Und die Wunde tief in seinem geheimsten Innern wollte sich nicht schließen, die täglich von neuem aufgerissen wurde, wenn Gretel kam, um mit ihm zu plaudern, und ihm von dem gütigen Menschen zu erzählen, dem er seine Rettung verdankte. Und wenn sie nicht von solchen Dingen sprach, so fing er selbst an, über dieses für ihn unerschöpfliche Thema zu reden, denn es gewährte ihm eine grausame Wollust, sich selbst zu quälen, sein Innerstes mit einer Geißel der heimlichen Buße zu zerfleischen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220329-12/fragment/page=3

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, Sonnabend, den 25. d. Mts. abends 8 Uhr nach langer, schwerer Krankheit, unsere liebe, herzensgute, treusorgende Mutter, Schwester und Tante

Witwe Auguste Göbel

geb. Badstübner

im Alter von 69 Jahren zu sich in sein himmlisches Reich zu nehmen.

Dieses zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an:

Im Namen der trauernden Hinterbliebliebenen:

Elise u. Heinrich Göbel.

Beerdigung Mittwoch nachm. 4 Uhr.

Gestern abend erlöste ein sanfter Tod das qualvolle Leiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Gross- und Schwiegervaters, des

Bergmanns

Wilhelm Schütze

im Alter von 65 Jahren.

Elbingerode, den 28. 3. 22.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Karoline Schütze u. Kinder.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4 Uhr statt.

Danksagung.

Allen lieben Verwandten und Bekannten, die unsern teuern Entschlafenen während dem langen Kraneenlager soviel gutes getan. Ihm den Sarg mit Kränzen schmückten und das letzte Ehrengeleit zur Ruhe gaben, unsern herzlichsten Dank Besonders danken wir dem Metallarbeiter-Verband und dem Turn-Verein Frisch Auf. Ebenfalls Herrn Pastor Groschupf für die trostreichen Worte am Grabe.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Karl Spengler u. Familie

Neuehütte, den 28. März 1922.

Spar- und Darlehenskasse

E. G. m. b. H.

zu Elbingerode Harz

Generalversammlung

am 7. April abends 8 Uhr im Harzfreund.

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die gesetzliche Pension.
3. Vorlage u. Genehmigung der Bilanz u. Entlastungserteilung des Vorstandes.
4. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns.
5. Festsetzung des Gesamtbetrages, welche Spareinlagen u. Anlehen bei der Genossenschaft nicht überschreiten sollen.
6. Festsetzung der Grenzen, welche bei Kreditgewährung an die Genossenschaft eingehalten werden sollen.
7. Wahl von einem Vorstands- und Aufsichtsratmitgliedes.

Der Vorstand.

Konfirmationsanzüge

Prima Stoffe — Gute Verarbeitung

empfiehlt

Walter Hüther.

Damen-Hemden, Damen-Beinkleider, Unterröcke weiss und farbig

empfiehlt zu billigen Preisen

Adolf Zander.

Elbingerode, den 28. März 1922

Der Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells veranstaltet **Sonntag, den 16. April** (ersten Osterfeiertag) vormittags 10 Uhr im „Harzfreund" eine

Schulentlassungsfeier

verbunden mit einer **Jugendweihe.** Das Programm besteht aus Gesangsvorträgen des Männer-Gesang-Vereins, Rezitationen, Harmoniumspiel und einer Festrede.

Arbeiter-Männer-Gesang-Verein

Sonnabend den 1. April, abends 8 Uhr

General-Versammlung

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein „Germania" D.T.

Das Turnen am Sonnabend abend fällt aus, statt dessen schon am **Freitag abend Turnen.**

Der Vorstand.

Arbeiter Turn-Verein „Vorwärts"

Elbingerode

Sonnabend abend nach dem Turnen

Versammlung.

Der Vorstand.

Stenographieren.

Diejenigen Damen und Herren, welche geneigt sind, einem neu zu gründenden

Stenographen-Verein

beizutreten, werden gebeten, sich **Freitag abend 8 Uhr** im Hotel Waldhof einzufinden. — System „Stolze-Schrey".

Spar- u. Darlehnskasse

E. G. m. b. H.

Elbingerode, Harz

Die Bilanz liegt in der Zeit vom **29. d. M. b. 5. April** im Geschäftslokal aus

Der Vorstand.

Gesucht

ein nicht zu junges sauberes

Mädchen

E. Hilliger

Wernigerode Kanzleistr. 1.

Eine

Glucke

sucht

Postweister

Steckhahn.

---

30 Ctr.

Roggerschöve

verkauft

a. Ctr. 50 Mk.

Klie

Königshof

Suche zu kaufen

Möbeln, Altertümer, Pers.- und Deutsche Teppiche Brillanten, Schmucksachen jeder Art,

zahle die höchsten Preise komme auch nach außerhalb. Angebote unter S. 459 an die Geschäftsstelle der **Wernigeröder Ztg. Wernigerode a. H**

Schicksal

Verk. i. Liebe, Ehr, Freundsch., Beruf, Geld, Erfolg v. Gesundh. Jahr nach Geb. Urs. u. Wirkung Wiss. Arbeit!

Charakter

u. Handschrift beurt. Nur Schrift u. Geburtsd. einsenden. !

Böhm, Leipzig 22 Alte Elster 14.

Konfirmations Geschenke

reichhaltigster Auswahl empfiehlt

Fr. Bunge

Untere Schulstraße 114.

Dunkle

Rohrstühle

sind preiswert zu haben bei

Friedrich Anger

Torstr. 12.

Leere

Weiß- u. Rotwein-Flaschen

kauft jede Menge

L. Ehrenhardt.

Holzpantoffeln

mit gutem Lederbesatz vorrätig bei

Ernst Lüders Nacht.

Lumpen

(1,20 Mk. p. Kilo)

Knochen

altes Eisen

Papier

Wollabfälle

(12 Mk p. Kilo)

kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Fr. Berger jun.

Wilhelm- Ecke Pfarrstr

Bierfrucht- Aprikosen- Kirsch- Orange- | **Marmelade**

zu haben bei

W. Kuthe.

Achtung **Achtung**

!Nur zwei Tage!

Hausfrauen das bringen lohnt sich

Bin Donnerstag d. 30. und Freitag d. 31. d. Mts. von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags

im Gasthaus zur Deutschen Eiche

Kaufe sämtliche Rohprodukte. Zahle für Lumpen 70 Pfg. pro Pfd. Eisen 80 Pfg. pro Pfd Knochen 70 Pfg. pro Pfd, Papier, Wolle, unedle Metallbruch, Kupfer, Blei, Messing, Zink, Zinn, Wärmflaschen, Zinnsachen, Felle, neue Stoffabfälle. Extra hohe Preise.

Bestellungen werden abgeholt.

Otto Winter.

Kontirmanden-Anzüge

sind wieder neu eingetroffen

Adolf Zander.

Das alte Lied!

Jede Nachbestellung stellt sich bedeutend höher

Kaufen Sie solange Lager in frühzeitig disponierter Ware vorhanden und Lieferung von rechtzeitig gegebenen Aufträgen herein kommt.

Farbige Paletots

in Tuch, engl. Mustern Covercoat und Seide

Kostümröcke

in schwarz, blau und neuen engl. Mustern in allen Preislagen

Walter Hüther.

Strickwolle

wird täglich knapper und teurer!

darum decke ein jeder seinen Bedarf rechtzeitig.

„Hauswolle" Meine Spezialmarke

ist in allen Farben und Preislagen in großer Auswahl vorrätig

Walter Hüther.

Prima Dauerwäsche

— mit Leineneinlage —

ist wieder in allen Grössen und Formen eingetroffen.

Walter Hüther.

Auf der Höhe

ist der

Spezial-Separator

mit selbstbalancierender Trommel.

Schärfste Entrahmung. Höchste Leistungsfähigkeit. Leichte und bequeme Reinigung. Leichtester Gang. Dauerhafte Bauart. Lange Lebensdauer

sind die Vorzüge der Milchschleudern. Der außerordentlich einfache Trommeleinsatz bringt

mehr Butter und bessere Butter

Ueber **300** Stück hier und in den Nachbarorten zur vollsten Zufriedenheit der Besitzer im Betriebe. In verschiedenen Größen zu haben bei

Oel und Ersatzteile sowie Reparaturen preiswert und gut. **H. Rensch.**

„ „ „ „ Neuzeitliche „ „ „ „

Drucksachen

jeder Art liefert preiswert

Buchdruckerei des Harz-Boten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220329-12/fragment/page=4

Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.—, durch die Post bezogen Mark 1.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 24 — Mittwoch, den 29. März 1922 — 56. Jahrgang.

Amtliches

Kreis Ilfeld

Bekanntmachung.

Die bisher unentgeltlich gelieferten Formulare C für die Prüfung der Bauerlaubnisgesuche pp. können von hier nicht mehr abgegeben werden.

Die Verlagsbuchhandlung von August Lax in Hildesheim hält die Formulare vorrätig und es wird der Bezug von dort empfohlen.

Die Bauhandwerker pp. des Kreises werden hiermit besonders aufmerksam gemacht.

Die Ortsbehörden des Kreises werden ersucht, den fragl. Bauhandwerkern ihrer Gemeinden besonders Kenntnis zu geben.

Ilfeld, den 22 März 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Elbingerode beabsichtigt die Ausstellung eines Eigenbesitzzeugnisses zum Zwecke der Eintragung eines Grundbuchblattes für die nachfolgenden, ihr gehörenden Parzellen:

Kartenblatt 15, Parzelle 16, Größe 28 qm
„ 15, „ 17, „ 12 qm
„ 15, „ 19, „ 43 qm

(Chaussee von Elbingerode nach Rübeland, gegenüber der Harzer Holzindustrie.)

Einwendungen gegen die Ausstellung des Eigenbesitzzeugnisses oder Ansprüche an die betr. Grundstücke sind binnen 14 Tagen beim Magistrat schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Elbingerode, den 29. März 1922.

Der Magistrat. Seltz.

Bekanntmachung.

Gemeinschaftliche Sitzung der städt. Kollegien am Donnerstag, den 30. März 1922 abends 7 Uhr im hiesigen Rathause.

Tagesordnung.

Beschlußfassung über eine Steuernachehebung.

Elbingerode, den 28. März 1922.

Der Magistrat. Seltz.

Bekanntmachung.

Das Finanzamt Blankenburg wird am **Dienstag, den 4. April 1922 von 10 Uhr vormittags** ab einen Sprechtag in Steuersachen im Zimmer 3 des hiesigen Rathauses abhalten. Außerdem wird ein Beamter des Finanzamtes einige Tage, von Dienstag, den 4. April d. Js. ab, die Reklamationen in Umsatzsteuersachen bearbeiten.

Für dieses Entgegenkommen des Finanzamtes, daß den Steuerpflichtigen Versäumnisse und Kosten erspart, wird von diesen eine Gebühr von 2—3 Mk. erhoben werden.

Elbingerode, den 28. März 1922.

Der Magistrat. Seltz.

Bekanntmachung.

Ab **1. April d. Js.** findet meine

Abendsprechstunde

jeden Mittwoch von **5—6 Uhr abends** statt.

Elbingerode, den 28. März 1922.

Der Bürgermeister. Seltz.

Bekanntmachung.

Am **Mittwoch, den 29. März 1922 abends 8 Uhr** spricht im Hotel „Waldhof" der Herr Landrat über den

Kleinwohnungs-Bau.

Der Herr Kreismedizinalrat über **Tuberkulosebekämpfung**, und der Herr Kreisschulrat über die landwirtschaftliche **Einstellung des Naturkundeunterrichts in den Volksschulen.**

Um recht regen Besuch bittet

Der Magistrat. Seltz.

x-rite colorchecker CLASSIC

…trat in Anschrift vom …tmachung zur allge-

…blet.

März 1922.

…letzten Dienstag im …ründung eines Steno- …ingestellte und Lehr- …g die Gründungsver- …g verschoben wurde. …Lehrherr in der Lage …n Wissen und Kauf- …die dringende Pflicht …Alten und Lehrlinge, …Volkswirtschaft der- …stellte und Lehrlinge …welchem Maße heute …lkschulen als ordent- …d verbreitet ist. Ein- …gen, wird auch diese …mänische Laufbahn, …Ende nehmen könnte. …e beiderlei Geschlechts …g, welche am kom-

— Sparkassenguthaben und Steuern. Von juristischer Seite wird uns geschrieben: Zu den Kreisen der Bevölkerung, in denen die Sparkassen das eigentliche Feld ihrer gemeinnützigen Tätigkeit finden begegnet man heute mancherlei Irrtümern über die Einwirkung der Steuergesetze auf Sparkassenguthaben. Es ist ja zu verstehen, wenn manchem Sparer die für die gesamte Volkswirtschaft sehr zweischneidige Anlegung des Bank- und Sparkassengedankens abgenommen ist. Darüber hinaus aber ist eine Beunruhigung der Einleger nicht vorhanden. Insbesondere entbehrt die gelegentlich geäußerte Meinung jeder Spur einer Berechtigung, daß 10 Prozent der Guthaben weggesteuert würden. Sparkassenzeugnisse unterliegen wie alle anderen Vermögensarten der Kapitalertragsteuer, es wird demnach wie von Hypothekenzinsen, Zinsen von Staatspapieren usw. der zehnte Teil dieser Zinsen vorweg gekürzt und vom Zinsschuldner, also der Sparkasse, aus finanzamt abgeführt. Bei der Einkommensteuer sind dann diese Steuerbeträge als Werbungskosten abzugsfähig. Darüber hinaus kann in den unteren Steuerstufen nach Maßgabe des Gesetzes auch eine völlige oder teilweise Anrechnung der Kapitalertragsteuer stattfinden, so daß sie insoweit als bereits bezahlte Einkommensteuer angesehen wird. Wie aber die Meinung hat auftauchen können, es werde 10 Prozent des Kapitals als Abgabe gekürzt, ist und bleibt schlechterdings unverständlich. Und doch ist diese Meinung anscheinend bei manchen Personen der Grund dafür, daß sie flüssige Gelder lieber in den Strohsack aufbewahren, anstatt sie der notleidenden Volkswirtschaft zuzuführen. Ebenso unbegründet ist die Meinung, daß Sparkassenguthaben irgend welchen anderen besonderen Bestimmungen unterlägen, durch die sie „hinweggesteuert" würden. Im Gegenteil, die Steuergesetzgebung hat durch eine Reihe von Bestimmungen der gemeinnützigen Tätigkeit der Sparkassen Rechnung getragen und namentlich eine Doppelbesteuerung zu verhüten gesucht. Ob diese Bestimmungen in allem ausreichen, ob nicht namentlich das Bank- und Sparkassengeheimnis aus Gründen überwiegender wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit wiederhergestellt werden sollte, ist eine Frage für sich. Hier handelt es sich nur darum, gegen die geschilderten, gewissen unsinnigen Befürchtungen Stellung zu nehmen.

— Neue Post- und Eisenbahntarife. Von anderer Seite war gemeldet worden, daß eine neue Erhöhung der Postgebühren um 33⅓ v. H. zum 1. Mai bevorstehend werde. Danach sollten die Briefe auf 2,50 Mark, die Postkarten auf 1,50 Mark kommen. Diese Nachricht ist falsch. Bei der verwickelten Lagerung der Tarife ist eine ausgedehnte Erhöhung um eine bestimmte Zahl von Prozenten überhaupt ausgeschlossen. Jeder Tarif muß getrennt berücksichtigt werden. Abgesehen davon ist für den genannten Termin keinerlei Erhöhung in Aussicht genommen. Man wird alles daran setzen, um die bestehenden Tarife wenigstens bis zum 1. Juli aufrecht zu erhalten. Dann wird man allerdings die Tarife einer erneuten Prüfung unterziehen müssen. — Demgegenüber muß man sich zum 1. Mai allem Anschein nach auf eine bedeutende Erhöhung der Eisenbahnpersonentarife gefaßt machen. Die 40 prozentige Steigerung der Gütertarife hat zum Teil die Personenmarke erhöhen, so daß die neue Verteurung des Reiseverkehrs sich nicht so katastrophal gestalten wird, wie sie der Gesamtlage des Eisenbahnetats nach sich gestalten müßte.

— Regimentsfeier der ehemaligen 73 er. Für September 1921 war eine Regimentszusammenkunft nach Hannover einberufen, die leider verschoben werden mußte. Diese kameradschaftliche Zusammenkunft, die nur allein den Zweck hat, das Wiedersehen der Kameraden untereinander zu ermöglichen, findet nun am 28. Mai 1922 in Hannover statt, dem ein Begrüßungsabend am 27. Mai in der Ausstellungshalle der Stadthalle vorangehen wird. Hierzu zu erscheinen, ist eine Ehrenpflicht jedes Kameraden, der im Kriege wie im Frieden die No. 73 getragen hat. Auch die Kameraden, welche keinem Verein angehören, sind selbstverständlich herzlich willkommen. Zuschriften sind an H. Alsswede, Hannover, Iferenhagenerstr. 18 zu richten.

— Deutschlands Holzlieferungen an Frankreich. Wie die Tägl. Rundschau von zuverlässiger Seite erfährt, wird in den nächsten Tagen eine französische Bauarbeiterabordnung nach Berlin kommen, um Verhandlungen über den Wiederaufbau in Nordfrankreich zu führen. Bei diesen Verhandlungen werden auch die Schlieferungsabmachungen Deutschlands mit Frankreich berührt. Ebenso soll über die deutschen Holzlieferungen an Frankreich verhandelt werden. Frankreich fordert von Deutschland für das Jahr 1922 bedeutend größere Holzlieferungen wie im Vorjahre, und zwar 800 000 Stück meist buchene Schwellen und 20 000 Telegraphenstangen. Deutschland soll also seine Holzlieferungen beträchtlich erhöhen, sich vor allem aber verpflichten, Hölzer zu liefern, die für den Wiederaufbau verwendet werden können.

— Harzgebiet, Niedersachsen und Mitteldeutschland. Der Wirtschaftsverband für den Reg. Bez. Magdeburg hat in seiner Generalversammlung im Januar die Einbeziehung des gesamten Harzgebietes einschließlich der Kreise Goslar, Zellerfeld und Ilfeld in das Gebiet eines etwa zu bildenden Bezirkswirtschaftsrates Mitteldeutschland (Sachsen-Anhalt) verlangt. Hierzegen haben Magistrat und Handelskammer Goslar sowie der Industrieverein für Goslar und Umgegend bereits Stellung genommen. Den Harz verbinden mit dem übrigen Niedersachsen enge wirtschaftliche Bande, die sich auch von altersher in politischer Zugehörigkeit zu Hannover ausdrücken. Die Bevölkerung ist niedersächsischen Stammes. Das Verlangen der vor allem beteiligten Volkskreise im Falle der Bildung der Bezirkswirtschaftsräte bei Niedersachsen zu verbleiben, ist also wohl begründet. Der Gesamtvorstand des Wirtschafts-Ausschusses Niedersachsen hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesen Fragen erneut befaßt und einmütig die schon in der Niedersächsischen Wirtschaftskonferenz am 25. Januar 1921 kundgegebene Ansicht bestätigt, daß das Harzgebiet unbedingt zum Wirtschaftsbezirk Niedersachsen gehöre. Er wird sich deshalb bei den maßgebenden Stellen für die Wünsche der Harzbevölkerung einsetzen.

— Anrechnung von Krankengeld auf die Rente. Heilbehandlung auf Kosten des Reichs kann einem nicht krankenversicherten ehemaligen Heeresangehörigen vom Versorgungsamt auch dann gewährt werden, wenn glaubhaft dargetan ist, daß die Gesundheitsstörung, die eine ärztliche Behandlung notwendig macht, auf eine bisher noch nicht anerkannte Dienstbeschädigung zurückzuführen ist. Während dieser ärztlichen Behandlung, die nur bewilligt zu genehmigen ist, kann das Versorgungsamt ein Krankengeld zubilligen. Wird dann später dem Beschädigten eine Rente zuerkannt, so wird bei der erstmaligen Auszahlung der Rentengebührnisse nur der Teil des Krankengeldes in Anrechnung gebracht, der bei der Zusammenrechnung von Rente und Krankengeld den Betrag der Vollrente nebst Kinder-, Orts-, und Teuerungszulage übersteigt. Müssen jedoch zu diesem Ausgleich teilweise laufende Rentengebührnisse herangezogen werden, so darf der Mehrbetrag in Ausgabe bleiben.

— Eine Stimme aus Amerika. Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune" gibt die Aeußerungen eines angesehenen englischen Finanzmannes wieder, daß der Beschluß der Reparationskommission wahrscheinlich den Bankerott Deutschlands zur Folge haben und eine weitgehende Arbeitslosigkeit in Deutschland hervorrufen werde. Deutschland werde nur noch dieses Jahr bezahlen können.

— Vertretung des Reichsfiskus im Spruchverfahren. Die Vertretung des Reichsfiskus im Rekursverfahren vor dem Reichsversorgungsgericht über Versorgungsansprüche wurde bisher, soweit nur der Antragsteller Rekurs eingelegt hatte, von zuständigen Hauptversorgungsamt, sowie der Fiskus Rekurs eingelegt hatte, vom Reichsarbeitsministerium geführt. Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab ist die Vertretung in allen Fällen ausnahmslos den Hauptversorgungsämtern übertragen worden, die bisher auch schon den Fiskus im Berufsverfahren vor dem Versorgungsgericht vertraten. In der Vertretungsbefugnis des Reichsministeriums des Innern in allen Versorgungsangelegenheiten der ehemaligen aktiven Offiziere und Beamten und ihrer Hinterbliebenen sowie in Angelegenheiten des Kapitalantennenschädigungsgesetzes ist hierdurch nichts geändert.

— Kapitalabfindung. Die Kapitalabfindung bezweckt die Siedlung oder Selbstbewirtschaftung auf eigener Scholle. Für die Gewährung der Abfindungssumme bildet daher das Vorhandensein oder die alsbaldige **Errichtung** eines Wohnhauses die Regel. Immerhin kann Kapitalabfindung auch zum Erwerb einer Parzelle oder eines Gartengrundstücks gewährt werden, wenn nach Lage der Verhältnisse anzunehmen ist, daß der Abgefundene das Grundstück ständig behalten wird. Für die Beurteilung dieser Frage sind Lebensalter, Beruf, die persönliche Eignung zur Bewirtschaftung, sowie die Lage der Wohnung zur Parzelle von wesentlicher Bedeutung.

— Die Land- und Forstwirtschaft. In der Unterabteilung „Rohstoff-Wirtschaft" wendet sich das Werbeprogramm der Mitteldeutschen Ausstellung auch der Land- und Forstwirtschaft sowie deren industriellen Betrieben zu. Besonders rationelle Arbeitsweise, die produktive Ausnutzung des Grund und Bodens, der Betriebsmittel und Erzeugnisse sollen erläutert werden. Neben einem landwirtschaftlichen Versuchsfeld entsteht eine Musteranlage mit den neuzeitlichsten maschinellen Einrichtungen und Anlagen, technisch wirtschaftlichen und baugewerblichen Gesichtspunkten. Die landwirtschaftliche Großmaschinen-Industrie, Firmen landwirtschaftlicher Kleinmaschinen und Geräte, Karosserie- und Fahrzeugfabriken, Fabrikanten von landwirtschaftlichen Gebrauchsgegenständen sind in einwandfreier Weise auf der Messe vertreten. Größere Vorführungen und Vorführungen werden im Betriebe vorgeführt und weiterhin geeignet, in welcher Weise die moderne Sprengtechnik zur Vereinfachung der Arbeitsvorgänge in Land- und Forstwirtschaft beiträgt. Um Anregungen für die Praxis zu geben, werden die Probleme der Ausnutzung heimischer Faserstoffe durch die Textil-Industrie und der Hochöfengase für Düngungszwecke, sowie andere zeitgemäße Fragen in anschaulicher Weise erläutert. Mit Unterstützung der einschlägigen Fachvereine sind Ausstellungen für Garten-, Obst-, und Gemüsebau, sowie für Kleintierzucht in ständigem Wechsel vorgesehen und Garantien durch die erste Mitarbeit bedeutender Fachverbände gegeben für eine würdige, umfassend übersichtliche Ausstellung der einschlägigen Fachgruppen.

— Moor-Kultivierung in Hannover. Das Preußische Finanzministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den ein weiterer Betrag von 100 Millionen zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein gefordert wird. Die Summe soll durch Ausgabe von Schuldverschreibungen aufgebracht werden. Von den staatlichen Mooren in Hannover und Schleswig-Holstein sind bisher 3800 Hektar fertig kultiviert. Durch Soldatensiedler werden voraussichtlich 2000 Hektar kultiviert werden. Ein Teil der Moore wird zur Torfgewinnung ausgenutzt. Insgesamt bleiben ungefähr 15600 Hektar zur Kultivierung übrig. Für die Kultivierung sind bereits mehrmals Summen bewilligt worden, die aber **bei Weitem nicht ausreichen.** Vordem Kriege wurden die Kultivierungskosten für den Hektar mit 800 Mark veranschlagt, während jetzt mit einer Summe von 7500 Mark für den Hektar gerechnet werden muß. Die Summe von 100 Millionen soll neben den bereits bewilligten Summen ausreichen, die Kultivierung der gesamten Fläche durchzuführen.

Klausthal. Die Bürgervorsteherwahl. Bei der Bürgervorsteherwahl in Klausthal wurden abgegeben 2127 Stimmen für die bürgerliche (unpolitische) Liste, 922 Stimmen auf der Liste der freien Gewerkschaften (Sozialdemokratische Partei) und 244 Stimmen für die Liste der kommunistischen Partei, zusammen 3293 Stimmen, das ist ungefähr 80 Prozent der Wahlberechtigten. Von den 24 Bürgervorsteher-Sitzen werden demnach die Bürgerlichen 16 Sitze und die Sozialdemokraten und Kommunisten, deren Wahlvorschläge miteinander verbunden waren, 8 Sitze erhalten.

Quedlinburg. Zur Tausendjahrfeier wird der Magistrat zum Häuserschmuck Girlanden, Kränze und Tannenbäume unter günstigen Bedingungen abgeben.

Quedlinburg. Zum Viehmarkt waren 19 Pferde und 439 Schweine angetrieben. Die Preise für Pferde schwankten zwischen 10 000 und 30 000 Mark, die der Schweine zwischen 400 und 2400 Mark. Der Handel in Schweinen war sehr rege, so daß die Bestände fast ausverkauft waren; nach Pferden war wenig Nachfrage.

Marquordt & Meinecke
Baugeschäft
übernimmt sämtliche
Bauausführungen und Bauleitungen
Bauzeichnungen, Statische Berechnungen
Kostenanschläge Bauberatungen
usw. ohne Verbindlichkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220329-12/fragment/page=5